



MITGLIEDERVERSAMMLUNG VOM 28. NOVEMBER 2019 PROTOKOLL

Ort: Volkshaus Zürich, Gelber Saal
Anwesend: 71 Mitglieder
Sitzungsleitung: Marionna Schlatter
Protokoll: Steven Goldbach

1. Begrüssung

Marionna begrüsst die Anwesenden und freut sich sehr über die vielen neuen Mitglieder, von denen viele auch den Weg an die heutige Mitgliederversammlung gefunden haben. Am 10. Januar 2020 wird es einen Neumitgliederanlass geben mit anschliessendem Neujahrs-Apéro.

2. Wahl der Stimmzählenden

Monika Bättschmann und David Galeuchet werden als Stimmzählende gewählt.

3. Traktanden

Die Traktandenliste wird ohne Ergänzungen genehmigt.

4. Protokoll der Generalversammlung vom 20. August 2019

Das Protokoll wird ohne Änderungen genehmigt und verdankt.

5. Mitteilungen

- Partei & Vorstand

Marionna wird auf die kommende Generalversammlung 2020 hin als Präsidentin der Grünen Kanton Zürich zurücktreten. Eine Findungskommission wird einberufen, Interessierte für das Amt können sich im Sekretariat oder bei der Findungskommission melden.

- Nationalratsfraktion (Balthasar Glättli, Nationalrat)

Unsere neue Fraktion hat die Arbeit aufgenommen. Bei der Verteilung der Kommissionssitze konnten wir einen Verhandlungserfolg verbuchen: Die GRÜNEN stellen künftig die Präsiden der UREK (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie) und KVF (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen). Bastien Girod wird voraussichtlich das UREK-Präsidium übernehmen, Michael Töngi vermutlich das KVF-Präsidium. Die neue Konstellation in der Fraktion ist für uns zugleich eine riesige Herausforderung – 2/3 der Fraktionsmitglieder sind Neugewählte.

- Kantonsratsfraktion (Esther Guyer, Fraktionspräsidentin)

Im Kantonsrat beginnt die Budgetdebatte. Die Bürgerlichen wollen Steuersenkungen, die Regierungsrat sieht aber bisher davon ab.

Seit den Wahlen sind wir bei ökologischen Geschäften erfolgreich dank der Zusammenarbeit mit SP, AL, GLP und EVP – zum Entsetzen der Bürgerlichen. Wir sind sehr gut unterwegs. In anderen Themenbereichen sind die Mehrheitsverhältnisse unberechenbarer insbesondere wegen der GLP.

- Junge Grüne (Marco Krieg)

Die Jungen Grünen haben massgeblich zum Wahlerfolg der GRÜNEN beigetragen. Mit 1.4%-Wähler*innenanteil haben wir ein Rekordergebnis erzielt, das in dieser Höhe mit Abstand noch keiner Jungpartei im Kanton Zürich gelungen ist. Auch die parlamentarische Präsenz der Jungen Grünen wird gestärkt: Benjamin Walder ist kürzlich in den Kantonsrat nachgerutscht, Selina Walgis wird in den Stadtzürcher Gemeinderat nachrutschen.

Die Jungen Grünen verzeichnen ein starkes Mitgliederwachstum. Am letzten Neumitglieder- Apéro haben 25 Neumitglieder teilgenommen.

Inhaltlich beschäftigen sich die Jungen Grünen in den Arbeitsgruppen u.a. mit den Themen Velo und Migration.

Das aktuelle Co-Präsidium (Julian Croci & Selina Walgis) tritt Anfang Januar 2020 zurück.

- Vorstellung nationale Vorlage: Änderung Strafgesetzbuch: Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung (Katharina Prelicz-Huber, Nationalrätin)

Die Vorlage will eine Ergänzung der bestehenden Anti-Rassismus-Strafnorm erreichen, sodass auch der Aufruf zu Hass aufgrund sexueller Orientierung strafbar sein kann.

Im Parlament haben alle Fraktionen der Vorlage zugestimmt mit Ausnahme der SVP. Über die Vorlage wird nun abgestimmt, da EDU und JSVP das Referendum ergriffen haben. Zudem gibt es auch ein LGBTI-Referendums-Komitee, welches in der Gesetzänderung keine Gleichstellung, sondern eine Sonderstellung der Community sieht.

Die Grünen Schweiz haben bereits die JA-Parole zu dieser Vorlage gefasst. Das Ja bedeutet ein Einstehen für Grundrechte, für den Minderheitenschutz und den Schutz und die Toleranz von Andersartigkeit.

- Vorstellung nationale Vorlage: Mehr bezahlbare Wohnungen (Balthasar Glättli, Nationalrat)

Die Initiative will einen Anteil gemeinnütziger Wohnungen bei Neubau von mindestens 10 %, faire Kaufbedingungen für Kantone und Gemeinden für geeignete Grundstücke. Energetische Sanierungen sollen ohne Verlust von bezahlbaren Wohnungen erfolgen.

Trotz sinkenden Referenzzinses seit dem Jahr 2008 steigen die Mieten unaufhörlich, d.h. Mieter*innen zahlen zu hohe Mieten.

Mit dem 10%-Anteil für gemeinnützigen Wohnraum sollen mehr Wohnungen dem Immobilienspekulation entzogen werden und dadurch mehr bezahlbare Wohnungen entstehen. Familien und der Mittelstand werden entlastet. Zudem sorgt genossenschaftliches Wohnen oftmals für mehr soziale Durchmischung und einen haushälterischen Umgang mit der

Ressource Boden. Subventionen für energetische Sanierungen sollen nicht an Wohneigentümer*innen gezahlt werden, wenn Sie ihre Liegenschaft leerkündigen oder luxussanieren.

Die Grünen Schweiz haben die JA-Parole zur Initiative gefasst.

6. Ersatzwahlen Vorstand

- Hans Läubli und Maria Lischer treten aus dem Vorstand zurück.
Beiden wird für ihr langjähriges Engagement für die GRÜNEN herzlich gedankt.
- Wahl von Thomas Schweizer (Bezirk Affoltern) & Gabi Reiss (Bezirk Dielsdorf) in den Vorstand
Gabi ist seit Kurzem Co-Präsidentin der Grünen Bezirk Dielsdorf. Thomas ist seit Frühling 2019 Kantonsrat für den Bezirk Affoltern. Beide werden per Akklamation gewählt.

7. Rückblick Nationale Wahlen

Steven Goldbach: Schweizweit haben wir GRÜNEN unseren Wähler*innenanteil fast verdoppelt und stellen neu 28 Sitze (+17) im Nationalrat. Im Kanton Zürich sind mit den erreichten 14.1% neu drittstärkste Partei. Hohe Wähler*innenanteile haben wir in den Städten, aber auch in immer mehr Gemeinden auf dem «Land». In der Stadt Zürich, aber auch in Gemeinden wie Rifferswil oder Pfäffikon sind die GRÜNEN zweitstärkste Kraft. Gratulation an die neue fünfköpfige Grüne Nationalratsdelegation: Bastien Girod, Balthasar Glättli, Marionna Schlatter, Katharina Prelicz-Huber und Meret Schneider.

Im Ständeratswahlkampf hat Marionna das beste Resultat einer Grünen Ständeratskandidatur im Kanton Zürich erreicht.

8. Kantonale Abstimmungsvorlagen vom 9. Februar 2020

- «Mittelstandsinitiative» (Jasmin Pokerschnig, Kantonsrätin)

Die Initiative der Jungfreisinnigen will eine Senkung der Progression. Die bestehende höchste Progressionsstufe von 13% entfällt (Beginn bei Fr. 188'700 für Alleinstehende bzw. 284'800 für Verheiratete). Die neue höchste Progressionsstufe von 12% beginnt bei Fr. 197'600 für Alleinstehende bzw. Fr. 302'300 für Verheiratete.

Davon profitieren in erster Linie die höheren Einkommen. Die Konsequenz wären Steuerausfälle für den Kanton von ca. Fr. 350 Mio. (6-7 Steuerprozent). Bei den Gemeinden ist mit Steuerausfällen zwischen 7 und 13% zu rechnen. Für die nächsten Jahre sind ohnehin bereits Defizite budgetiert, insbesondere aufgrund der Unternehmenssteuerreform SV17.

Empfindliche Steuerausfälle ziehen massive Sparmassnahmen nach sich: im Sozialen, Bildung, kantonalem Personal, Klima- und Naturschutz. Zudem sind Gebührenerhöhungen zu erwarten.

Weitere Informationen: <https://gruene-zh.ch/mittelstandsinitiative>

Beschluss: Der Vorstand hat einstimmig die NEIN-Parole beschlossen. Die Mitgliederversammlung folgt der Empfehlung des Vorstandes.

- Rosengartentunnel und -tram (Gabi Petri, Kantonsrätin)

Es handelt sich um ein klimaschädigendes Projekt, «Das Projekt bringt trotz hohen Investitionskosten [...] keinen nennenswerten Mehrwert für die Erreichung der Klimaziele, da die Menge des motorisierten IV nicht abnimmt.» (Stadtrat Zürich)

Grundsätzlich gibt es bei dem Projekt zudem ein grosses Kostenrisiko bei hoher Kostenungenauigkeit. Es wird von Kosten zwischen Fr. 800 Mio. und Fr. 1.4 Mrd ausgegangen. Die Finanzierung ist ebenfalls völlig unklar: Eine Beteiligung des Bundes wird angestrebt (30-40%), ist aber keineswegs gesichert.

Das Projekt führt zum Verlust von wertvollem städtischen Grünraum. Zudem müssen 12 bestehende Gebäude für Fr. 85 Mio. abgerissen werden,

Das bestehende ÖV-Netz wird stark beeinträchtigt. Das Tram ist lediglich eine Alibiübung für den Tunnel.

Weitere Informationen: <https://gruene-zh.ch/rosengartentunnel-und-tram>

Beschluss: Der Vorstand hat einstimmig die NEIN-Parolen zu den beiden Vorlagen beschlossen. Die Mitgliederversammlung folgt der Empfehlung des Vorstandes.

- «Taxigesetz» (Esther Guyer, Fraktionspräsidentin)

Bisher wird das Taxiwesen kommunal geregelt. Da die Grenzen zwischen den Gemeinden nicht mehr so klar sind, gab es einen Vorstoss der FDP zur Neuregelung des Taxiwesens auf kantonaler Ebene.

Bei dem Gesetz geht es vor allem um bundesrechtliche Vorgaben, u.a. Bundesgesetz/ Verordnung über Personenbeförderung sowie Verordnung für die Zulassung von Fahrzeugen im Strassenverkehr.

Was die Arbeitsbedingungen im Taxiwesen betrifft, haben wir auf kantonaler Ebene nichts zu regulieren, das wird auf Bundesebene geregelt.

Inhalt des Gesetzes: Schaffung eines Taxiregisters, Bewilligung von Standplätzen, das Befahren von Busspuren, zudem Einführung einer Plakette für alle Fahrdienstleister*innen (Fahrzeuge und Fahrzeughalter*in müssen gemeldet werden) für eine bessere Kontrollierbarkeit. Auch Limousinenservices werden zu den Fahrdienstleister*innen gezählt.

Zum Fahrdienst Uber: Bei Uber Pop gab es ein Problem, da der Service fast nicht kontrollierbar war. Dieses Angebot ist jetzt aber verboten. Bei Angeboten wie uber x und uber black stellt der Kontrollvollzug kein Problem dar.

Unser früherer Kantonsrat Max Homberger hat im KR versucht, die Abgasnorm und die Streichung vom Berufsverbot mit in das Gesetz reinzunehmen. Dieser Versuch ist aber gescheitert.

In der Fraktion sind wir zum Schluss gekommen, dass es dieses Gesetz nicht braucht, wenn wir die Qualität der Fahrdienste oder die Arbeitsbedingungen für Taxifahrer*innen damit nicht verbessern können. Der Kantonsrat hat dem Gesetz mit 107:66 Stimmen zugestimmt.

Weitere Informationen: <https://gruene-zh.ch/gesetz-ueber-den-personenverkehr-mit-taxis-und-limousinen-taxigesetz>

Diskussion

Befürworter*innen des Gesetzes:

Das Gesetz schafft gleiche Rahmenbedingungen für Taxis und Fahrdienste (u.a. mit der Einführung einer Plakette für Fahrdienste). So sehen das auch die Gewerkschaften. Es macht zudem keinen Sinn, dass jede Gemeinde ihr Taxiwesen selbst regelt.

Gegner*innen des Gesetzes:

Die Arbeitsbedingungen in der Taxibranche sind nicht gut, aber die Bedingungen können mit dem Gesetz nicht verbessert werden, da es auf kantonaler Ebene keinen gesetzlichen Handlungsspielraum dafür gibt. Die Transparenz /Kontrollierbarkeit der UBER-Fahrdienste ist auch ohne Plakettenpflicht durch digitale Hilfsmittel gegeben. Daher ist das Gesetz überflüssig.

Anträge

Stimmberechtigte Mitglieder: 71

Rückkommensantrag: Selina Walgis beantragt die Parolenfassung durch die Mitgliederversammlung: **angenommen** (47)

Antrag Selina Walgis: JA-Parole: abgelehnt

Antrag des Vorstandes: NEIN-Parole: abgelehnt

Antrag Hans Läubli: Stimmfreigabe:

Abstimmung: Annahme: 33, Ablehnung: 32, Enthaltungen: 6

Beschluss: Die Mitgliederversammlung der Grünen Kanton Zürich beschliesst Stimmfreigabe.

- «Entlastungsinitiative» (Luca Dahinden, JUSO & Beat Bloch, Kantonsrat CSP)

Luca Dahinden, Pro

Die Initiative ist eine Konterinitiative auf die Mittelstandsinitiative der Jungfreisinnigen.

Sie ist nötig, weil insbesondere tiefe Einkommensgruppen stark belastet werden durch steigende Kosten (Steigende Gebühren, Krankenkassenprämien). Gleichzeitig gab es in der Vergangenheit Steuergeschenke für Superreiche und Unternehmen: Abschaffung der Erbschaftssteuer, Halbierung der Kapitalsteuer, STAF und SV17. Fehlende Steuereinnahmen führten wiederum zu Leistungsabbau.

Die Initiative will das Existenzminimum steuerbefreien sowie tiefe und mittlere Einkommen entlasten. Dazu sollen 3 neue Progressionsstufen 13, 15 und 17% eingeführt werden.

Beat Bloch, Contra

Die Initiative will eine Erhöhung des steuerfreien Einkommens. Es soll eine steuerliche Entlastung bis Fr. 100'000 (Grundtarif) bzw. bis Fr. 120'000 (Verheirateten-Tarif) erreicht werden.

Die Steuerstufe 12% soll wegfallen, dafür soll es neue Stufen geben: 15 und 17%. Dies soll zu einer Steuererhöhung für Einkommen ab Fr. 100'000 bzw. Fr. 120'000 (VerheiratetenTarif) führen.

Auswirkungen: Dies führt dazu, dass insgesamt mehr Personen gar keine Steuern mehr bezahlen. Für reiche Gemeinden würde es Mehrertrag bringen, für arme Gemeinden einen Minderertrag bedeuten.

Warum nein: Es ist schwierig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, wenn immer mehr Bürger*innen steuerbefreit sind. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Steuererhöhungen ab Fr. 100'000 eingeführt werden sollen.

Die Kluft zwischen armen und reichen Gemeinden wird verschärft.

Es wäre eine Abkehr von der bisher insgesamt erfolgreichen «Steuerpolitik der ruhigen Hand», die den GRÜNEN in den letzten Jahren verfolgt haben.

Weitere Informationen: <https://gruene-zh.ch/entlastungsinitiative>

Anträge

Stimmberechtigte Mitglieder: 71

Rückkommensantrag: angenommen

Antrag des Vorstandes: NEIN-Parole: abgelehnt

Antrag JA-Parole

Abstimmung: Annahme: 42, Ablehnung: 22, Stimmenthaltung: 7

Beschluss: Die Mitgliederversammlung der Grünen Kanton Zürich beschliesst die JA-Parole.

9. Budget 2020

	BUDGET 2018	RECHNUNG 2018	BUDGET 2019	BUDGET 2020
3 Ertrag				
3000 Mitgliederbeiträge	90'000.00	98'975.00	100'000.00	110'000.00
3100 Behördenabgaben	145'000.00	158'857.90	165'000.00	226'989.60
3300 Fraktionsbeitrag Kantonsratsfraktion	76'400.00	76'400.00	85'000.00	101'600.00
35 Spenden				
3500 Spenden allgemein		15'110.90		
3510 Spenden Wahlen	10'000.00	49'755.81	20'000.00	
3511 Spenden Regierungsratswahlen				
3520 Spenden Nationalratswahlen			5'000.00	
3521 Spenden Ständeratswahlen				
3531 Spenden Kampagne 1		2'500.00		
36 Rückerstattungen				
3600 Rückerstattung kommunale Wahlen		500.00		
3610 Rückerstattung Kantonsratswahlen				
3611 Rückerstattung Regierungsratswahlen				
3620 Rückerstattung Nationalratswahlen				
3621 Rückerstattung Ständeratswahlen				
3651 Rückerstattung Miete	20'100.00			
3650 Rückerstattung Betriebsaufwand allgem.	3'000.00			
37 Auflösung Rückstellungen				
3700 Auflösung Rückstellungen Wahlen	56'000.00		375'000.00	
3711 Auflösung Rückstellungen Kampagnen			10'000.00	
3800 Werbung / Publikation				
3900 Finanzertrag		77.52		
3912 Transitzkonto für Debitoren				
TOTAL	400'500.00	402'177.13	760'000.00	438'589.60
4 Aufwand Geschäftsstelle				
41 Personalaufwand				
4100 Lohnaufwand	120'000.00	106'515.07	101'500.00	140'000.00
4110 Sozialversicherungsaufwand	18'000.00	16'390.50	21'000.00	21'754.00
4120 Weiterbildungen Angestellte	1'000.00		1'000.00	1'000.00
4130 Übriger Personalaufwand	500.00	636.05		
42 Betriebsaufwand				
4200 Miete	35'940.00	15'051.05	15'840.00	15'840.00
4300 Unterhalt und Reinigung	1'500.00	916.00	1'500.00	1'500.00
4301 Energie- und Entsorgungsaufwand	800.00	362.70	800.00	500.00
4302 Sachversicherungen, Abgaben, Gebühren, Bewilligungen	1'500.00	108.72	400.00	400.00
4600 Material- und Verwaltungsaufwand	11'500.00	10'685.40	11'500.00	11'500.00
4605 Informatikaufwand	1'000.00	936.80	1'000.00	1'000.00
4900 Finanzaufwand		21.10	30.00	30.00
4901 Bank- und Kontospesen	500.00	663.84	500.00	500.00
4910 Übriger Aufwand		200.00		
5 Aufwand Organe				
5000 Mitgliederversammlung	8'000.00	4'245.40	8'000.00	8'000.00
5100 Vorstand	1'500.00	1'006.30	1'500.00	1'500.00
5200 Geschäftsleitung / Präsidium	21'000.00	20'244.00	21'000.00	23'000.00
5300 Sektionenkonferenz	1'200.00		1'200.00	1'200.00
5400 Kantonsratsfraktion	13'000.00	12'874.05	13'000.00	13'000.00
5500 Behördenmitglieder	1'000.00		1'000.00	1'000.00
5600 Arbeitsgruppen				2'000.00
5700 Weihnachtsapéro & Mitgliederanlässe	3'000.00	5'247.80	2'500.00	2'500.00
5800 Schulungen / Weiterbildungen	2'000.00		2'000.00	2'000.00
5900 DV Grüne Schweiz		3'472.50		
6 Aufwand Kampagnen / Politische Aktivitäten				
6000 Kampagnen / Politische Aktivitäten allgemein	30'000.00	500.00	30'000.00	35'000.00
6100 Kampagnen / Politische Aktivitäten in Bezirken	10'000.00	9'030.00	10'000.00	10'000.00
6201 Kampagne PVG		19'887.07		
6203 Kampagne Wassergesetz			10'000.00	
6204 Kampagne Zersiedlungsinitiative			10'000.00	
63 Werbung / Publikationen				
6300 grünes blatt	18'000.00	21'803.15	19'000.00	19'000.00
6310 Website	3'000.00	784.05	3'000.00	3'000.00
6320 Social Media	2'000.00	212.07	2'000.00	2'000.00
6330 Fundraising-Massnahmen	2'000.00			
6340 andere Publikationen				
6350 Mitgliedschaften bei anderen Organisationen	300.00	600.00	600.00	600.00
64 Junge Grüne				
6400 Beiträge Sekretariat Junge Grüne	9'750.00	11'781.95	8'257.20	8'257.20
6410 Beiträge Kampagnen / Politische Aktivitäten in Junge Grüne	2'250.00	1'000.00	3'742.80	3'742.80
65 Rückstellungen Kampagnen				
6510 Bildung Rückstellungen Kampagne Wassergesetz				
6520 Bildung Rückstellungen Kampagne 2				
6530 Bildung Rückstellungen Kampagne 3				

6540	Bildung Rückstellungen Kampagne 4							
6500	Rückstellungen Kampagnen							
66	Rückstellungen allgemein							
6600	Rückstellungen Fundraising							
7	Aufwand Wahlen							
71	Kommunale Wahlen							
7100	Wahlkampagne kommunale Wahlen	10'000.00		3'360.25				
7120	Leistungen für Sektionen und Kandidierende kommunale Wahlen			9'552.73				
72	Kantonale Wahlen							
7200	Wahlkampagne Kantonsratswahlen	70'000.00		1'847.40		263'000.00		
7210	Wahlkampagne Regierungsratswahlen			18'777.77		30'000.00		
7220	Leistungen für Sektionen und Kandidierende kantonale Wahlen							
73	Eidgenössische Wahlen							
7300	Wahlkampagne Nationalratswahlen			51.00		110'000.00		
7310	Wahlkampagne Ständeratswahlen					20'000.00		
7320	Leistungen für Sektionen und Kandidierende eidgenössische Wahlen							
74	Rückstellungen Wahlen							
7410	Bildung Rückstellungen Wahlen			103412.41				78'000.00
7420	Bildung Rückstellungen Umzug Zollihaus					20'000.00		20'000.00
7430	Bildung Rückstellungen Website					5'000.00		10'000.00
	TOTAL	400'240.00		402'177.13		749'870.00		437'824.00
9	Abschluss							
9200	Einnahmen- bzw. Ausgabenüberschuss	260.00		0.00		10'130.00		765.60
		400'500.00	400'500.00	402'177.13	402'177.13	760'000.00	760'000.00	438'589.60

Beschluss: Das Budget 2019 wird genehmigt.

10. Varia

- Samuel Spahn lädt zu einer Führung auf dem Biohof Fondli in Dietikon ein am 15.12.2019.

Sitzungsbeginn: 19:30 Uhr

Sitzungsende: 22:00 Uhr